

Der Blick zurück – mal mit, mal ohne Zorn

Geschichte Wie Winfried Kretschmann war der Autor Jochen Kelter einst vom Radikalenerlass betroffen. Sein Briefwechsel mit dem heutigen Ministerpräsidenten zeigt, dass er damit anders umgeht als der Politiker – Kelters Empörung ist längst nicht verfliegen. Von Andreas Müller

Im Landesarchiv lagern der Schriftsteller und der Ministerpräsident nah beieinander, unter dem Buchstaben „K“. Erst kommt Kelter, Jochen, wohnh. Tägerwilen, wenig später dann Kretschmann, Winfried, Echterdingen. Die Akten der beiden – heute 68 und 66 Jahre alt – dokumentieren zwei von etwa 2000 Fällen überwiegend aus den siebziger Jahren, in denen der Staat gemäß dem Radikalenerlass die Verfassungstreue angehender Staatsdiener überprüfte. Zweifel oder gar „erhebliche Zweifel“ daran bestanden bei beiden.

Beim angehenden Lehrer Kretschmann waren es, wie berichtet, zwei Kandidaturen für die Kommunistische Hochschulgruppe, die ihn ins Visier des Verfassungsschutzes brachten. Der wissenschaftlichen Hilfskraft Kelter wurde vorgeworfen, an der Universität Konstanz Mitglied und Funktionär des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gewesen zu sein und sich in Friedrichshafen im „Radikaldemokratischen Club“ engagiert zu haben, einer Vorläuferorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Zudem habe er in Konstanz der Gruppe „Hochschulpolitik“ angehört, die mit der Kommunistischen Hochschulgruppe in Heidelberg sympathisierte. So steht es in der gerade vier Seiten umfassenden Akte, die die Stuttgarter Zeitung mit Kelters Erlaubnis einsehen durfte – ebenso wie die gut zehnmal so dicke Akte Kretschmanns.

Beide konnten die Zweifel an ihrer Verfassungstreue damals doch noch ausräumen, allerdings mit unterschiedlichen Folgen. Kretschmann wurde, wie gewünscht, erst Referendar und dann Lehrer für Biologie, Chemie und Ethik, 1980 zog er für die von ihm im Südwesten mitbegründeten Grünen in den Landtag ein. Der Literatur-



Mitte Dezember vor dem Landtag: einst von Berufsverboten Betroffene demonstrieren für deren Aufarbeitung

Foto: dpa

Rückschau. Sich und der Öffentlichkeit müsse die erste nicht-schwarze Regierung seit 58 Jahren Rechenschaft ablegen „über die politische Bespitzelung, die paranoide Hexenjagd und die völlig inakzeptable Entfernung von politisch Andersdenkenden aus dem Staatsdienst in jenen Jahren“. Nur wenn die Vorgänge von damals aufgearbeitet würden, die „Zukunftsaussichten zerstört und Existenzen verbogen“ hätten, lasse sich Vergleichbares fortan verhindern. Die damalige Repression sei mit ursächlich

ERST VOR VIER JAHREN ENTDECKT – DIE AKTEN ZUM RADIKALENERLASS

Entdeckung Die jetzt ins Blickfeld geratenen Akten zum Radikalenerlass gibt es zwar schon seit Jahrzehnten. Neu entdeckt wurden sie jedoch erst vor etwa vier Jahren, 2010. Anlässlich des damals noch geplanten – inzwischen längst vollzogenen – Umzugs des Innenministeriums aus

der Verfassungstreue.“ Die Brisanz war Ernst schnell klar: Er entschied, den Aktenbestand komplett ins Archiv zu übernehmen – und nicht nur, wie in anderen Fällen, jede zehnte Akte oder Unterlagen lediglich zu bestimmten Anfangsbuchstaben.

gen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gehört mit etwa 50 Seiten zu den umfangreicheren, aber nicht zu den dicksten. Anhand der durchgehenden Seitenzahlen lässt sich ablesen, dass die aus dem Innenministerium übernommenen Unterlagen vollständig sind. Wichtige

...ungung eine Stadt für die Betreuungsbündel gegen die therapeutische Betreuung und Begleitung Flüchtlingen und deingung und -betreuung der freien die Kostenpauschale eilbronn für die Verizinische Betreuung et die Stadt für dieses Euro Mehrkosten. en Maßnahmen ste oberster Stelle. Als ad war die Heilbron 2013 in die Flüchtlingen. An zwei Schu-Jahr für jugendliche üchtlinge (15 bis 18 eingerichtet, um sie ung zu qualifizieren. a Spielzimmer einge en der Kinderbetreu- a, Aufenthaltsräume ebenfalls da. bfk

Wahl s Grüne ter Kurz

...ei den Oberbürger- 2015 keinen eigenen on, sondern Amts(in-) unterstützen. Dies hrheit des Kreisver- gliederversammlung Kurz seine inhaltli- ur Kommunalpolitik e erläutert hatte. Vo- ängere innerpartei- i denen sich zuletzt lass keiner der Grü- r allerersten Reihe wollte.

...lte die Entscheidung werber daher von der rbürgermeisters ab- onnte in einer nicht- lerversammlung die mer für sich einneh- es Angebot war sehr

...von ihm im Südwesten begründeten Grünen in den Landtag ein. Der Literatur- und Sprachwissenschaftler Kelter wäre gerne Hochschullehrer geworden, resignierte aber nach zweijährigem Kampf und siedelte dauerhaft in die Schweiz über. Dort und in Paris arbeitete er als Schriftsteller, brachte es zu internationalen Ämtern – etwa als Präsident der Föderation Europäischer Schriftstellerverbände oder der Schweizer Verwertungsgesellschaft „Pro Litteris“ – und mehreren Auszeichnungen, darunter 1984 dem Literaturpreis der Landeshauptstadt Stuttgart.

Während Kretschmann das ihm einst drohende Berufsverbot bald abhakte und es heute sogar als berechtigt verteidigt, ließ es Kelter nie los. In seine Prosa, heißt es in einem Literaturlexikon, habe es „als eine Traumatisierung der 68er-Generation generell und schonungslos autobiografisch Einlass“ gefunden. Textprobe: „Der staatliche Apparat sah seine Stunde gekommen, glaubte die Gespenster zu erkennen und holte zum Gegenschlag aus. Der Apparat wusste nun endlich, was er wollte: die Macht...“

Wie Kretschmann war Kelter einst Mitglied eines Allgemeinen Studentenausschusses (Asta). In Kontakt kamen sie indes nicht damals, sondern erst etwa vierzig Jahre später. Im Sommer 2011 verfasste der Schriftsteller einen offenen Brief an den frisch gewählten Ministerpräsidenten. Der von diesem angekündigte „neue Stil“ der Transparenz, Offenheit und Bürgernähe ermutigte ihn, sein Anliegen zum Radikalerlass vorzutragen. Er verlange von dem Grünen natürlich keine Entschuldigung „für die Borniertheit einer Vorgängerregierung“, so Kelter, wohl aber eine kritische



Foto: Achim Zwargarth

Jochen Kelter resignierte nach zweijährigem Kampf und siedelte dauerhaft in die Schweiz über.

...se sich vergleichbares fortan vermeiden. Die damalige Repression sei mit ursächlich gewesen für die „Entfremdung der Intellektuellen vom Staat“, habe mit dazu beigetragen, „Menschen in den Untergrund zu treiben“. Nicht nur „eine Handvoll Terroristen“, auch die Politiker seien mit schuld gewesen am „deutschen Herbst“.

Es wurde zunächst eine recht einseitige Korrespondenz. Mehrmals mahnte Kelter eine Antwort Kretschmanns an („Die Angelegenheit mag für Sie verjährt sein, für mich ist sie es keineswegs“), mehrmals wurde er vom Staatsministerium vertröstet: Man habe sich „mit Nachdruck der Thematik des Radikalerlasses angenommen“ und auch die zuständi-

gen Fachressorts eingebunden, aber da der Regierungschef persönlich mit der Sache befasst sei, verzögere sich die Antwort noch etwas. Nach fast anderthalb Jahren, kurz vor Weihnachten 2012, kam sie schließlich – und war für Kelter eine Enttäuschung. Er hatte zwar an einen Schicksalsgefährten geschrieben, aber dessen – einst durchaus vorhandene – Empörung über das Geschehene war offenkundig längst verflogen.

Die ominösen „Erkenntnisse“ etwa, die der Staat gegen mutmaßliche Verfassungsfeinde ins Feld führte, hatten beide einst gleichermaßen empört. „Äußerstes Befremden“ hatte Kretschmann 1975 bekundet über die undurchsichtige und unkontrollierbare Art und Weise, wie sich das Innenministerium diese Informationen beschaffte. Genau das thematisierte Kelter auch in seinem Brief: Mal habe es „im Telefon geknackt“, mal seien „ein paar unpassende Gestalten in Versammlungen“ gesessen, mal habe man „den Pressereferenten

...langst vorzogenen – Umzugs des Innenministeriums aus der Innenstadt in einen Neubau an der Willy-Brandt-Straße sah sich der Vizechef des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, Albrecht Ernst, im Untergeschoss des Gebäudes um. Dort bemerkte er einheitlich verpackte Akten mit der Aufschrift: „Politische Betätigung von Beamten – Überprüfung

des Rektorats... mit einem Tonband hinter einer Säule erwischt“. Auch der Passus zu der Stellungnahme, mit der Kelter schließlich die Zweifel an seiner Verfassungstreue ausräumte, betraf gemeinsame Erfahrungen. „Ich schrieb unter juristisch prüfendem Auge einen äußerst merkwürdigen Brief, eine Camouflage, halb Zugeständnis, halb Beharrung“, schilderte Kelter. „Bei seinem Anblick schauderte es meinen akademischen Lehrer.“ Kretschmanns entsprechende Stellungnahme – ein Schlüsseldokument – ist in den Akten zwar erwähnt, findet sich aber nicht darin. Quälte er sich damit genauso wie Kelter, oder ging es ihm leichter von der Hand?

Die späte Antwort des Ministerpräsidenten vermittelte dem Schriftsteller den Eindruck, dieser habe seinen Brief gar nicht richtig gelesen. Dass Beamte jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten müssten, aktiv und nicht nur pro forma, „war und ist korrekt“, schrieb ihm Kretschmann. Von daher sei es „nachvollziehbar“, dass der Staat die Verfassungstreue künftiger Beamter überprüfe. Nur: bei Kelter ging es nie um eine Verbeamtung. „Angreifbar“ nannte Kretschmann immerhin die Praxis, dass „allein die Mitgliedschaft in einer als verfassungsfeindlich angesehen Organisation“ Zweifel an der Verfassungstreue begründete. Nur: Jene Organisationen, zu

Betroffene Nach Angaben Ernsts enthält der Bestand Akten zu etwa 2000 Namen. Die bisher nicht genau bekannte Zahl der Betroffenen in Baden-Württemberg – in Schätzungen war meist von „mehreren hundert“ die Rede – lässt sich damit näher eingrenzen. Die Akte des heuti-

denen ihm Zugehörigkeit angekreidet worden sei, hätten weder Mitglieder gekannt noch Funktionäre, hatte Kelter ihm geschrieben; im juristischen Sinn seien sie überhaupt nicht existent gewesen.

Überhaupt habe sich die Exekutive – Innen- und Kultusministerium – damals judikative Macht angemaßt, die ihr nicht zustand. Halbwegs versöhnlich stimmte ihm nur der Satz, der Staat dürfe „keine Gesinnungsschnüffelei betreiben“, und eine Ankündigung zum Schluss: Man wolle den 40. Jahrestag des Radikalerlasses – 2012 – zum Anlass nehmen, um die einstige Praxis wissenschaftlich aufzuarbeiten. Ein geeignetes „Format“ werde noch gesucht, auch die „Erfahrungen unmittelbar Betroffener“ sollten einbezogen werden.

Zwei Jahre danach hat sich noch niemand bei Kelter gemeldet, auch bei niemand anderem; die versprochene Aufarbeitung steht noch aus. Er halte sie weiterhin für „wünschenswert“, bekräftigte der Ministerpräsident anlässlich des Öffentlichwerdens seiner persönlichen Akte aber das könne nicht die Regierung, sondern nur die Wissenschaft leisten. Am Fall Kretschmann findet Jochen Kelter eines besonders interessant: „Dass man damals in den öffentlichen Dienst gelangen konnte, wenn man genügend Unterstützung und Solidarität hinter sich hatte“. Beides, bilanziert er, „war bei mir nicht der Fall“.

Wenn ein Polizist mit Beinprothese auf Streife geht

Inklusion Der Behindertenvertreter der Polizei wünscht sich, dass das Innenministerium mehr Stellen für behinderte Kollegen schafft

Philippsburg bescheinigt. „Ich für mich fühle mich überhaupt nicht behindert“,

nahmen die Mediziner Butz den Fuß im Juni 2011 ab. Im September bekam er seine